



Presseinformation

München, den 9. November 2020

Repräsentative Unternehmensbefragung: Wirtschaft erteilt Note 3,1 für Krisenpolitik der Bundesregierung. Zustimmung hat leicht abgenommen.

Die Zustimmung der Wirtschaft zur Krisenreaktion der Bundesregierung nimmt ab. Das zeigen repräsentative Unternehmensbefragungen der Stiftung Familienunternehmen, die vom ifo Institut erhoben worden sind. Die Unternehmen bewerteten die Krisenreaktion der Bundesregierung im Oktober mit der Note 3,1. Bei einer im Frühsommer für den „Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen“ durchgeführten Befragung hatten die Unternehmen noch die Note 2,9 vergeben.

In zehn von elf abgefragten Kategorien verschlechterten sich die Bewertungen. Die von den Behörden angeordneten Betriebsschließungen werden am schlechtesten benotet (Note 3,9), es folgen Staatsbeteiligungen an notleidende Unternehmen (3,7), die Möglichkeit zur Stundung von Mietzahlungen (3,4). Auch die Zensuren für das Kurzarbeitergeld (1,8) sowie die Möglichkeit zu Steuerstundungen (2,4) haben sich im Jahresverlauf verschlechtert. Die Bewertung der KfW-Kredite blieb stabil bei 3,0.

Der „Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen“ ist die größte vergleichende Befragung von Familienunternehmen und Nicht-Familienunternehmen. Der Schwerpunkt der Erhebung liegt auf der Frage, wie die Resilienz der deutschen Volkswirtschaft gesteigert werden kann. Die Studie wurde im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen gemeinsam vom ifo Institut sowie dem Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) erstellt. Der Jahresmonitor basiert auf einer von Mai bis Juni erfolgten Befragung von 2.452 Unternehmen. 1.104 Unternehmen aus diesem Kreis haben eine zweite Befragung im Oktober zur Krisenreaktion der Bundesregierung beantwortet.

„Der erneute Lockdown führt uns deutlich vor Augen: Wir müssen dringend unsere Volkswirtschaft auch gegenüber künftigen Schocks absichern“, sagt Professor Rainer Kirchdörfer, Vorstand der Stiftung Familienunternehmen. „Wir müssen uns auf eine lang andauernde Situation einstellen und dabei die Balance zwischen einem effizienten Gesundheitsschutz und unserem gemeinschaftlichen Interesse an einer Fortführung der wirtschaftlichen Aktivitäten wahren. Wir können nicht auf jede Krise mit neuen steuerfinanzierten Rettungspaketen reagieren, die auch zu Wettbewerbsverzerrungen führen.“

Vordringlich sei es, die Selbstheilungskräfte der Unternehmen nachhaltig zu stärken. „Die meisten Unternehmen brauchen keine staatliche Alimentierung, alle aber gute und solide Rahmenbedingungen, um Eigenkapital und Liquidität zu sichern und aufzubauen“, sagt Kirchdörfer. „Eine deutliche Ausweitung der steuerlichen Verlustrückträge wäre jetzt das beste Mittel, um die Resilienz von Unternehmen in der gegenwärtigen Krise zu steigern. Damit würde sichergestellt, dass auch nur Unternehmen mit einem soliden Geschäftsmodell Hilfen erhalten. Streuverluste und Wettbewerbsverzerrungen würden vermieden.“

Die meisten der bereits auf den Weg gebrachten staatliche Hilfsmaßnahmen nutzen die Unternehmen zurückhaltend. Auf die Kurzarbeit, die aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung finanziert wird, greift mehr als der Hälfte der Unternehmen zu; Steuerstundungen nehmen 36,4 Prozent in Anspruch.



Deutlicher seltener wurden die Soforthilfen (18,7 Prozent) genutzt, Kredite (10 Prozent) sowie Mietstundungen (6,8 Prozent). Staatsgarantien bzw. Bürgschaften akzeptierten sogar nur 0,9 Prozent. Stattdessen setzen die Unternehmen viel daran, aus eigener Kraft die Resilienz zu erhöhen. 45 Prozent der Unternehmen haben als Reaktion auf die Corona-Pandemie Krisenpläne erstellt. 33 Prozent haben den Vertrieb digitalisiert. Jedes fünfte Unternehmen hat das Produkt- und Dienstleistungsangebots neu ausgerichtet.

Die Corona-Pandemie führt indes nicht zu flächendeckenden Verlagerungen von Produktion ins Ausland oder Inland. „Für den bisweilen vermuteten Trend zu einer Deglobalisierung der Lieferketten bietet die Umfrage keine Belege“, heißt es in der Studie. Eine Verlagerung von Lieferketten nach Deutschland oder ins Ausland planen nur drei bzw. zwei Prozent der Unternehmen. Wichtiger für die Unternehmen ist hingegen der Ausbau der Lagerhaltung (19 Prozent) oder Anpassungen ihres Zuliefernetzes (13 Prozent).

Die Studie legt offen, welche Maßnahmen aus Sicht der Unternehmen die Resilienz der Volkswirtschaft erhöhen. Der Ausbau der digitalen Infrastruktur wird an erster Stelle genannt – 94 Prozent der Unternehmen halten die Maßnahme für geeignet. Es folgen die steuerliche Förderung der Eigenkapitalbildung (92 Prozent), Bildung strategischer Reserven an medizinischen Produkten (88 Prozent) sowie eine Konsolidierung der Staatsfinanzen (78 Prozent). Die Einführung von Euro-Bonds erachten 68 Prozent der Unternehmen als nicht geeignet.

Familienunternehmen legen einen besonders hohen Wert auf finanzielle Solidität. Die Hälfte der Familienunternehmen erachtet die steuerliche Förderung der Eigenkapitalbildung als „sehr geeignet“ zur Steigerung der Krisenfestigkeit. Unternehmen mit einer soliden Eigenkapitalbasis können wirtschaftliche Schwächephase besser durchstehen und länger an Beschäftigung festhalten. Bereits 30 Prozent der Familienunternehmen haben schon Maßnahmen zur Erhöhung des Eigenkapitals eingeleitet. Bei Nicht-Familienunternehmen sind es 14 Prozent.

Familienunternehmen sind auch besonders skeptisch, dass mehr zentrale Bundeskompetenzen den Kampf gegen die Pandemie verbessern. 35 Prozent sehen ein solches Szenario für nicht oder gar nicht geeignet an, um die Krisenfestigkeit zu steigern. Familienunternehmen messen auch der Erhöhung der liquiden Mittel im Unternehmen eine größere Bedeutung bei als Nicht-Familienunternehmen: 40 Prozent der Familienunternehmen haben bereits Maßnahmen zur Steigerung der Liquidität ergriffen. Der Anteil unter den Nicht-Familienunternehmen liegt bei 27 Prozent.

Die Resilienz von Unternehmen und Volkswirtschaften entscheidet sich in drei Phasen: in einer Vorbereitungsphase, die Kapazitäten zur Krisenbewältigung aufbaut, einer Milderungsphase, welche den Erhalt größtmöglicher Funktionalität in der kurzen Frist zum Ziel hat, und einer Anpassungsphase, die durch Adaptions-Prozesse für ein womöglich dauerhaft verändertes Umfeld geprägt ist. „Unsere Familienunternehmen haben Schritte unternommen, um in jeder dieser Phasen die Resilienz zu erhöhen“, fasst Kirchdörfer die Ergebnisse zusammen. „Sie sind gut aufgestellt, um aus eigener Kraft durch die Krise zu steuern. Wichtig ist, dass wir ihnen jetzt keine Steine in den Weg legen. So können wir schnell wieder zu Wachstum zurückkehren, Beschäftigung sichern und am Ende auch zur Konsolidierung des Staatshaushalts beitragen.“



Zeugnis für das Krisenmanagement der Politik, Durchschnittsnoten (Befragung Mai – Juni sowie Oktober)

Frage: Mit dieser Kurzumfrage möchten wir Sie bitten, der Politik ein aktuelles Zeugnis für ihr Krisenmanagement auszustellen. Bitte vergeben Sie Noten auf einer Skala von 6=“ungenügend“ bis 1=“sehr gut“ für das Vorgehen der Bundesregierung im Hinblick auf:

Zeugnis für das Krisenmanagement der Politik, Durchschnittsnoten	Mai-Juni	Oktober
Gewährung von Kurzarbeitergeld	1,75	1,84
Stundung von Steuerzahlungen u. Reduzierung der Vorauszahlungen	2,28	2,42
Staatliche Bürgschaften und Garantien	2,66	2,91
Soforthilfen (Zuschüsse ohne Rückzahlungspflicht) von Land oder Bund	2,79	3,06
Lockerung gesetzlicher Vorgaben (z. B. gesetzl. Insolvenzregelungen)	2,92	3,38
Kredite der KfW oder anderer staatlicher und staatsnaher Institute	2,96	2,95
Informationen für Unternehmen durch staatliche Stellen	2,98	3,38
Grenzschiebungen	3,18	3,68
Stundung von Mietzahlungen	3,27	3,39
Staatsbeteiligungen an notleidenden Unternehmen	3,42	3,69
Behördlich angeordnete Betriebsschiebungen	3,51	3,87

© Stiftung Familienunternehmen

» **Download Abbildungen**

» **Download Jahresmonitor „Die Widerstandsfähigkeit der deutschen Wirtschaft in der Corona-Pandemie“**

Weitere Informationen:

Andre Tauber
Leiter Kommunikation
Stiftung Familienunternehmen
Prinzregentenstraße 50
D-80538 München
Tel.: +49 (0) 89 / 12 76 400 06
Fax: +49 (0) 89 / 12 76 400 09
Mobil: +49 (0) 172 / 63 190 09
tauber@familienunternehmen.de
www.familienunternehmen.de

 [@StiftungFamUnt](https://twitter.com/StiftungFamUnt)

 [Erklär-Videos](#)